UiD

CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 18. Juli 1996

22/1996

Adenauer / 26

Generalsekretär Peter Hintze

Die Koalition ist reform- und durchsetzungsfähig

Mit einem Rückblick auf die geleistete Reformarbeit und einem Ausblick auf das, was noch erreicht werden soll, hat Generalsekretär Peter Hintze am 11. Juli vor der Bundespressekonferenz eine „ausgesprochen positive" Halbzeitbilanz der CDU-geführten Bundesregierung gezogen:

Wir haben wichtige Reformprojekte auf den Weg gebracht, und wir haben uns eine Menge vorgenommen für den zweiten Teil der Legislaturperiode.

Halbzeitbilanz vor der parlamentarischen Sommerpause

Unser „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung" ist das wichtigste Reformprojekt seit der Wiedervereinigung. Es befindet sich auf einem guten Weg, und Wirtschaftsexperten im In- und im Ausland erwarten von diesem Programm positive Wirkungen. Die amerikanische Wirtschaftszeitung „Business-Week" hat geschrieben: „Die Pläne Kohls könnten der Beginn einer wirtschaftlichen und psychologischen Kehrtwende sein, deren Auswirkungen bald in ganz Europa zu spüren sein werden" **(siehe UiD 17/1996).**

(Fortsetzung auf Seite 2)

Dokumentation

„Der Mensch ist zur Freiheit berufen"

Dritter Pastoralbesuch von Papst Johannes Paul II. in der Bundesrepublik Deutschland vom 21. bis 23. Juni 1996

CDU-Dokumentation 22/1996

Mit den Reden von Bundespräsident Roman Herzog, Papst Johannes Paul II. und Bundeskanzler Helmut Kohl, dem Kommuniqué des Besuchs und Presse-Kommentaren. Innenteil

Fortsetung von Seite 1

Deutschland befindet sich in einer schwierigen Umbruchlage, aber wir haben alle Chancen, die Trendwende am Arbeitsmarkt zu schaffen. Unser Appell an die Sozialdemokraten lautet, nicht im Verweigerungswinkel zu verharren und neue Beschäftigungschancen zu behindern. Wir fordern die SPD vielmehr dazu auf, im Bundesrat zuzustimmen und in den Länderhaushalten einen eigenen Sparbeitrag zu leisten.

Die SPD läuft Gefahr, den Föderalismus zu beschädigen, wenn sie den Bundesrat als Veto-Maschine mißbraucht. Sie muß sich darüber im klaren sein, daß jedes Nein im Bundesrat auch ein Nein zu neuen Beschäftigungschancen bedeutet.

Ziel Nummer eins der Koalition ist es, der Beschäftigung Schwung zu geben. Wir wollen, daß die heute Arbeitslosen morgen wieder Arbeit finden können. Deswegen lösen wir Beschäftigungsbremsen, fördern Existenzgründer und senken die Kosten der Arbeit. Gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften haben wir uns das Ziel gesetzt, bis zum Jahre 2000 die Zahl der Arbeitslosen zu halbieren. Dieses Ziel ist ehrgeizig. Aber es ist erreichbar, wenn alle mitmachen.

Was die Koalition vorgelegt hat, ist ein Reformprogramm, nicht nur ein Sparprogramm. Gleichwohl ist die Sparanstrengung ein unverzichtbares Element. Der gestern vom Kabinett beschlossene Haushalt steht für einen kristallklaren Konsolidierungskurs. Den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten möchte ich deshalb sagen, wer in diesen Zeiten knapper Kassen unfähig zum Sparen ist, der ist auch unfähig, die Länder zu regieren.

Wir werden in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode den Weg der Erneuerung und der Reformen fortsetzen. Wir haben uns eine umfassende Reform des Steuersystems vorgenommen, wir wollen eine umfassende Reform der sozialen Sicherungssysteme und die dauerhafte Sicherung der Renten.

Was das Steuersystem angeht, soll die Reform

- das Steuersystem vereinfachen,
- die Bemessungsgrundlage erweitern,
- die Einkommen- und Lohnsteuern senken und
- das Verhältnis von direkten und indirekten Steuern neu austarieren.

Die Bundestagswahl 1998 wird durch die Frage der Zukunftskompetenz entschieden. Die Koalition legt deshalb Zug um Zug Elemente ihres Zukunftskonzeptes vor. Die Opposition hat dem bis zur Stunde nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Sie ist aus unserer Sicht ohne substantielle Alternative, programmatisch erstarrt und personell zerstritten.

Die SPD hat allerdings am 19. Juli schon die erste Gelegenheit, zu einer verantwortlichen Haltung zurückzukehren, und ich fordere die SPD noch einmal dazu auf, dann bei der Sitzung des Bundesrates die Reformmaßnahmen für Deutschland nicht weiter zu blockieren.

Zum Schluß: Die Koalition hat trotz knapper Mehrheit im Bundestag in einer schwierigen Zeit gezeigt, daß sie handlungsfähig, reformfähig und durchsetzungsfähig ist. Deshalb gehen wir gestärkt und zuversichtlich in die zweite Halbzeit. Wir werden 1998 bei den Bundestagswahlen die Wählerinnen und Wähler bitten, den Regierungsauftrag für die Koalition der Mitte zu erneuern. Wir wollen Deutschland sicher ins 21. Jahrhundert führen. Unser Konzept, das wir Zug um Zug verwirklichen, ist dafür ein gutes Fundament. ■

Bundeshaushalt 1997 – Ausdruck von Handlungswillen und Gestaltungskraft

Zur Verabschiedung des Haushaltsentwurfs 1997 und des Finanzplans bis 2000 durch das Bundeskabinett am 10. Juli erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Roth:

Mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 1997 und des Finanzplans bis 2000 wird die stabilitätsorientierte Finanzpolitik des Bundes fortgesetzt. Der 15. Jahresetat der Bundesregierung von Helmut Kohl ist durch Entschlußkraft und Durchsetzungsfähigkeit gekennzeichnet – Eigenschaften, die man bei Opposition und Bundesratsmehrheit schmerzlich vermißt. Mit ihren Entscheidungen hat die Koalition den politischen Handlungswillen und die Gestaltungskraft in wirtschaftlich schwierigen Zeiten unter Beweis gestellt – eine positive Botschaft für Aufschwung und bessere Standortbedingungen.

Auf der Ausgabenseite ist der Etat 1997 abermals von äußerster Spardisziplin gekennzeichnet. Der Rückgang der Ausgaben im Jahresvergleich um 2,5 v. H. auf 440 Mrd. DM ist der gesamtwirtschaftlich richtige Weg zur Senkung der öffentlichen Lasten und Defizite. Dieser Kurs der kompromißlosen Haushaltsstrenge muß auch mittelfristig durchgehalten und verstärkt werden. Die Ausgaben des Bundes gehen, gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt, von derzeit fast 13 v. H. auf 11 v. H. im Jahr 2000 zurück. Diesem Konsolidierungskurs müssen sich die anderen Gebietskörperschaften anschließen, damit die Staatsquote mittelfristig sinken kann und so dem privaten Wirtschaftssektor mehr Entfaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden.

Im Rahmen des „Nationalen Stabilitätspaktes" müssen alle öffentlichen Haushalte ihren Sparbeitrag erbringen. Nur so können die schwierigen Aufgaben der Finanzpolitik gelöst werden. Es ist ein finanzpolitisches Armutszeugnis und blanke Destruktivität, wenn sich die SPD und der von ihr dominierte Bundesrat der zukunftsorientierten Sparpolitik des Bundes total verweigern und auf Weisung von Lafontaine keine eigenen Sparvorschläge der Länder auf den Tisch gelegt werden dürfen. Eine solche Totalverweigerung der SPD im Bundesrat widerspricht der grundgesetzlichen Funktion des Bundesrates in unserem föderativen Staatssystem. Die SPD ist aufgefordert, den Konsolidierungskurs mitzutragen und eigene Sparvorschläge zu realisieren, statt sich in Abgabeerhöhungen zu flüchten. Im Interesse der Verbesserung des Wirtschaftsstandortes Deutschland muß der Bundesrat als Bundesorgan seine Blockadehaltung aufgeben und konstruktiv an der Zukunftsgestaltung mitarbeiten.

> Der 15. Jahresetat der Bundesregierung von Helmut Kohl zeichnet sich durch Entschlußkraft und Durchsetzungsfähigkeit aus.

Eine Sparpolitik ohne Wenn und Aber ist auch nötig, damit Deutschland die Stabilitätskriterien von Maastricht einhalten kann. Die hierzu von Theo Waigel vorgeschlagene gesetzliche Regelung zur Begrenzung der Defizite von Bund, Ländern und Gemeinden hat bei den Haushältern aller Fraktionen breite Zustimmung gefunden. Dieser stabilitätsorientierte Vorschlag ist ein Testfall für die finanzpolitische Glaubwürdigkeit der Ländermehrheit im Bundesrat.

Trotz der strengen Ausgabenpolitik des Bundes verharrt seine Nettokreditaufnahme 1997 wegen der mit der Wachstumspause 1996 verbundenen fortwirkenden Steuerausfälle mit 56,5 Mrd. DM auf sehr hohem Niveau, wenngleich sie deutlich unterhalb des diesjährigen Ansatzes bleibt.

Kreditaufnahme drosseln

Für die Jahre 1997 bis 1999 liegt die Nettoneuverschuldung im neuen Finanzplan um 48 Mrd. DM höher als im bisherigen Finanzplan. Dieser zusätzliche Schuldenanstieg verdeutlicht, daß die Politik der Haushaltsstrenge konsequent auf Dauer durchgehalten werden muß. Ziel unserer Haushaltspolitik bleibt es, nach Abschluß des „Wiedervereinigungs-Jahrzehnts" zu insgesamt ausgeglichenen Haushalten zu kommen. Denn nur durch radikale Drosselung der Kreditaufnahme wird es möglich sein, die unerträglich hohe Zinsbelastung – die von 18,4 v. H. 1995 auf gut 22 v.H. im Jahr 2000 anwächst – zu brechen. Durch Vermeidung von Nettokreditaufnahmen eröffnen sich der Politik wieder operative Handlungsspielräume auf der Basis eines insgesamt abgesenkten Ausgabenniveaus. Die Flucht in eine höhere Verschuldung, wie sie sich aus der fatalen Bewegungslosigkeit der Opposition ergäbe, wäre nicht nur haushaltspolitisch, sondern auch wachstums-, stabilitäts- und arbeitsmarktpolitisch verhängnisvoll.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird bei den parlamentarischen Beratungen im Herbst sicherstellen, daß das aus dem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung resultierende Sparvolumen im Bundeshaushalt 1997 in Höhe von 25 Mrd. DM ohne Abstriche umgesetzt und damit das Klima für Investitionen und Arbeitsplätze nachhaltig verbessert wird. ■

Erreichte Preisstabilität ist ein Erfolg

Zum Stand der Inflationsrate im Juni erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Repnik:

Preisstabilität ist erreicht. Die Inflationsrate in Deutschland lag im Juni bei 1,4 Prozent und hatte damit den niedrigsten Wert seit Januar 1991. Gegenüber Mai 1996 stiegen die Lebenshaltungskosten im Juni sogar nur um 0,1 Prozent. Dies kommt Verbrauchern und Unternehmen gleichermaßen zugute. Preisstabilität schafft Vertrauen in die Währung und ermöglicht erst rationale ökonomische Entscheidungen. Auch unter sozialpolitischem Aspekt ist die erreichte Preisstabilität positiv zu beurteilen. Hiervon profitieren gerade diejenigen am meisten, die eine hohe Konsumquote haben.

Die erreichte Preisstabilität ist der Erfolg einer konsequent stabilitätsorientierten Politik von Bundesregierung und Bundesbank, ein Erfolg, auf dem wir aufbauen können. Er eröffnet der Bundesbank darüber hinaus Spielräume für weitere Zinssenkungen zur Stimulierung von Konjunktur und Wachstum.

Wir werden auf unserem Weg voranschreiten, die Stabilität von Wirtschaft und Staatsfinanzen auch für die Zukunft zu sichern. Es bleibt unser wichtigstes Ziel, die Staatsquote zu senken und im Rahmen einer symmetrischen Finanzpolitik durch energisches Sparen neue Spielräume für Abgabensenkungen zu schaffen. Unter dieser Zielsetzung steht auch der vom Kabinett verabschiedete Bundeshaushalt 1997, der unsere Konsolidierungsanstrengungen konsequent fortsetzt. ■

Zukunftsbündnis Lehrstellen:

Bund-Länder-Vereinbarung für Ostdeutschland perfekt

Anläßlich der Unterzeichnung der „Bund-Länder-Vereinbarung zur Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze" erklärte der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Jürgen Rüttgers:

In diesem Jahr suchen in Deutschland 620.000 Jugendliche einen betrieblichen Ausbildungsplatz, 480.000 in den alten und 140.000 in den neuen Ländern. Die Wirtschaft hat 1995 zugesagt, ihr Ausbildungsplatzangebot in zwei Jahren um insgesamt 10 Prozent zu steigern. 1995 wurden davon erst 2 Prozent eingelöst. Deshalb müssen in diesem Jahr noch 8 Prozent draufgelegt werden. In den neuen Ländern soll der Zuwachs 10 Prozent betragen.

Es gibt schon positive Signale: In allen Tarifverhandlungen geht es um Ausbildungsplätze. Die Chemische Industrie legt in diesem Jahr um 5 Prozent zu, die Banken steigern sogar um 7 Prozent. Der Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie e.V. (VBM) hat in dieser Woche als erster Arbeitgeberverband ein Förderprogramm für neue Lehrstellen angekündigt: Mit 30 Mio. DM sollen 1.000 Lehrstellen geschaffen werden.

In den neuen Ländern wird trotz einer 10prozentigen Steigerung in diesem Jahr eine Lücke bleiben. Wir haben deshalb heute eine Bund-Länder-Vereinbarung zur Förderung zusätzlicher Lehrstellen beschlossen. Damit schaffen wir 1996 in Kommunen, in betrieblichen Ausbildungsverbünden, bei Existenzgründern und in beruflichen Vollzeitschulen 14.300 zusätzliche Lehrstellen. Der Bund beteiligt sich an den Kosten mit 13.250 DM pro Platz, das sind insgesamt 190 Mio. DM. Auf die Länder verteilt sich das Platzkontingent (gemäß Bedarfsanmeldung der Länder) wie folgt:

• Berlin 1.500 • Mecklenburg-Vorpommern 3.000 • Brandenburg 3.000 • Sachsen-Anhalt 2.000 • Thüringen 1.500 • Sachsen 3.300.

Weitere Maßnahmen für Ostdeutschland

Unsere Ausbildungsplatzentwickler haben bislang mehr als 5.000 betriebliche Ausbildungsplätze in den neuen Ländern mobilisiert. Wir setzen ABM-Förderung für zusätzliches Ausbildungspersonal ein. Dann können bis zu 500 Jugendliche zusätzlich eine Lehrstelle erhalten.

Das ERP-Investitionsprogramm schafft zusätzliche Ausbildungsplätze in Klein- und Mittelbetrieben. Wir schätzen, daß das bis zu 1.000 neue Lehrstellen bringt.

Wir sorgen für bis zu 10.000 Plätze für Vollausbildung nach dem AFG. Damit flankieren wir die Zusage der Wirtschaft, in den neuen Ländern 1996 10.000 und 1997 11.000 betriebliche Ausbildungsverträge mehr als im Vorjahr abzuschließen.

In den alten Ländern nehmen 20 Prozent der Studienberechtigten eine Lehrstelle an, in den neuen Ländern sind es 30 Prozent. Ein großer Teil von ihnen besucht nach der Gesellenprüfung eine Hochschule. Die Länder werden darauf hinwirken, daß mehr Studienberechtigte ohne Umwege direkt ein Studium aufnehmen. Wir rechnen mit rund 2.700 dadurch freiwerdenden Lehrstellen noch in diesem Jahr. ■

Sozialhilfe dauerhaft stabilisiert

Nach dem erfolgreichen Abschluß des Vermittlungsverfahrens zur Sozialhilfereform konnte das Gesetz am 5. Juli auch im Bundesrat verabschiedet werden. Der Koalition ist es gelungen, ihre Ziele bei der Sozialhilfereform durchzusetzen:

● Die Sozialhilfereform bewirkt eine deutliche Entlastung der Kommunen in der Größenordnung von 5-Milliarden D-Mark in den kommenden drei Jahren.

● Gleichzeitig bleibt das tragende Prinzip des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG), nämlich die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz durch individuelle Bedarfsdeckung in vollem Umfang erhalten.

● Die vorgesehene Erhöhung der Regelsätze um ein Prozent zum 1. Juli 1996 und nach dem Zuwachs der Renten in den Jahren 1997 und 1998 stellt sicher, daß Sozialhilfeempfänger wie bisher eine ausreichende Existenzsicherung erhalten.

● Die Sozialhilfe als eine tragende Säule unseres sozialen Sicherungssystems wird dauerhaft stabilisiert. Damit können sich die Menschen auch in Zukunft darauf verlassen, daß sie in Notfällen wirksame Hilfe der Gemeinschaft erhalten.

Die SPD, die über viele Monate hinweg die Reform des Sozialhilferechts als sozialen Kahlschlag diffamiert hat, mußte erkennen, daß sie sich den drängenden Appellen der Kommunen und ihrer Spitzenverbände nach maßvollen Einschnitten in das BSHG-Leistungssystem nicht länger entziehen konnte. Mit ihrer Einigung hat die SPD akzeptiert, daß auch sie um die notwendigen Korrekturen im Bereich der sozialen Sicherung nicht herum kommt.

Folgende wesentliche Maßnahmen sind hervorzuheben:

1. Hilfe zur Arbeit

Mit den jetzt durchgesetzen Regelungen sollen arbeitsfähige Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (1992 ca. 500.000) verstärkt befähigt werden, durch die Aufnahme einer Erwerbsfähigkeit wieder unabhängig von Sozialhilfe zu leben. Die SPD hatte sich zunächst gegen den im Rahmen der Sozialhilfereform vorgesehenen Ausbau dieser Hilfen gewandt, weil sie alle arbeitslosen Sozialhilfeempfänger

Von Joseph-Theodor Blank, Hauptgeschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU

in den Verantwortungsbereich der Bundesanstalt für Arbeit abschieben wollte. Dort sollten ihnen ohne adäquate Beitragszahlungen zu Lasten des Bundes Leistung gewährt werden. Dieser Verschiebebahnhof konnte verhindert werden.

Im Kompromiß zur Sozialhilfereform ist es gelungen, die Hilfe zur Arbeit in zwei wesentlichen Punkten auszubauen: Sozialhilfeträger können jetzt durch Zuschüsse an den Arbeitgeber sowie durch andere geeignete Maßnahmen darauf hinwirken, daß Hilfeempfänger Arbeit finden. Außerdem kann Hilfeempfängern als zusätzlicher Arbeitsanreiz über das bisher schon nicht angerechnete Einkommen hinaus befristet ein Zuschuß gewährt werden. Mit diesen Regelungen sind wichtige und von der Praxis begrüßte Hilfen jetzt ausdrücklich gesetzlich zugelassen.

2. Bedarfsbemessungssystem

Das von der Bundesregierung vorgeschlagene und vom Bundestag beschlossene Bedarfsbemessungssystem für die Regel-

Preissteigerungsrate bei 1,4 Prozent

Im Juni haben sich die Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte in Deutschland im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,4 Prozent erhöht. Gegenüber dem Stand vom Mai 1996 bedeutet dies eine Steigerung um 0,1 Prozent, meldete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden.

Damit ist die Kurve der Teuerungsrate im Juni wieder abgeflacht. Im Mai 1996 lag die Preissteigerungsrate im Vergleich zum Vorjahresmonat noch bei 1,7 Prozent, gegenüber April dieses Jahres bei 0,2 Prozent.

Für das frühere Bundesgebiet ergab sich eine Steigerungsrate gegenüber Juni 1995 von 1,2 Prozent, im Vergleich zum Mai 1996 um 0,1 Prozent. In den neuen Bundesländern und Berlin-Ost lag die Preissteigerungsrate im Juni gegenüber dem Vorjahresmonat mit 2,6 Prozent erneut über der im früheren Bundesgebiet. Dies hängt vor allem mit der Erhöhung der Wohnungsmieten (9,9 Prozent) und Verkehrsleistungen (9,6 Prozent) zusammen. Gegenüber dem Vormonat blieb der Index im Osten unverändert.

Im Westen wirkten sich im Vergleich Mai/Juni besonders die saisonbedingte Preiserhöhung bei Pauschalreisen (4,2 Prozent) aus. Preissenkungen gab es unter anderem bei Kraftstoffen (1,5 Prozent) und bei Bekleidung (0,1 Prozent). Im Osten waren im Juni im Vergleich zum Mai Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbungsgewerbes sowie Güter sontiger Art um 1,1 Prozent teurer, saisonabhängige Nahrungsmittel um 1,9 Prozent. Die Preise für Kraftstoffe gaben um 3,5 Prozent nach.

satzfestsetzung ab 1999, das von der SPD und den Wohlfahrtsverbänden als unverantwortliche Abkehr vom Bedarfsdeckungsprinzip angefeindet worden war, wurde jetzt im Einvernehmen mit der SPD im Gesetz verankert. Stand und Entwicklung der Nettoeinkommen der Arbeitnehmer, Verbraucherverhalten und Lebenshaltungskosten werden ausdrücklich als relevante Bestimmungsgrößen genannt.

Bis zu diesem Zeitpunkt ist vorgesehen, daß zum 1. Juli 1996 die Regelsätze um ein Prozent und 1997 und 1998 entsprechend dem Rentenanstieg erhöht werden. Die frühere Kritik der SPD, mit dieser Art der Regelsatzbemessung werde eine angemessene Bedarfsdeckung vereitelt und bei den Ärmsten der Armen gespart, hat sich als von Anfang an unberechtigt erwiesen.

Durch die gesetzliche Begrenzung der Regelsatzanhebung wird eine schwere Belastung der Kommunalfinanzen vermieden. Ebenso ist sichergestellt, daß Steuerausfälle im Zusammenhang mit einer Erhöhung des steuerlichen Existenzminimums nicht eintreten können.

3. Pflegesätze in Einrichtungen

Über den Beschluß des Bundestages hinaus, der eine Orientierung an den Bruttolöhnen vorsah, wird der Anstieg der Pflegesätze in Einrichtungen für Behinderte und Pflegebedürftige, aber auch in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, auf ein Prozent jährlich in den alten und zwei Prozent jährlich in den neuen Ländern bis 1999 gedeckelt. Allein mit dieser Maßnahme werden weitere Einsparungen in Milliardenhöhe erzielt. ■

Die Wehrpflicht in der Bundeswehr hat sich seit 40 Jahren bewährt

Zum 40jährigen Bestehen der Allgemeinen Wehrpflicht für die Bundeswehr teilte der verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion, Paul Breuer, mit:

Am 7. Juli 1956 wurde durch einen Beschluß des Deutschen Bundestages für die Bundeswehr die Allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Seit dieser Zeit hat sie sich bestens bewährt und hat das Vertrauen und die Achtung der Bundeswehr in der Bevölkerung und im Ausland gewinnen helfen. Sie war und ist die Klammer zwischen Bundeswehr und Gesellschaft. Sie konnte sicherstellen, daß Qualität, Geist, Führungsstil und Umgangston in der Bundeswehr maßgeblich von Wehrpflichtigen geprägt wurden und die Bundeswehr gesellschaftspolitischen Strömungen gegenüber jederzeit aufgeschlossen war.

Sie förderte bei vielen jungen Menschen die Einsicht, daß eine freiheitliche Demokratie von Rechten und Pflichten ihrer Staatsbürger lebt. Landesverteidigung ist keine bloße Dienstleistung in einer arbeitsteiligen Welt, sondern Ausdruck des gesellschaftlichen Konsenses über die Notwendigkeit und den Erhalt einer wirksamen Landesverteidigung und der Bereitschaft, dafür persönlich einzutreten.

Die Allgemeine Wehrpflicht hat nach der Wiedervereinigung Deutschlands entscheidend dazu beigetragen, daß die deutsche Einheit innerhalb der Bundeswehr vorbildlich für andere Teile der Gesellschaft vollzogen werden konnte. Die Bundeswehr als Wehrpflichtarmee trug dazu bei, den Frieden und die Freiheit für Deutschland zu bewahren.

Gesicherte Verteidigungsfähigkeit bleibt auch künftig wesentlicher Pfeiler einer unabhängigen Außen- und Sicherheitspolitik. Nur mit Hilfe der Allgemeinen Wehrpflicht war und wird Deutschland in der Lage sein, den sicherheitspolitisch notwendigen, angemessenen und finanzierbaren Beitrag im Rahmen der auch zukünftigen erforderlichen Landes- und Bündnisverteidigung leisten zu können.

Dies ist wegen der geostrategischen Lage Deutschlands im Herzen Europas, seiner territorialen Größe zur bündnisgetreuen Interessenwahrung sowie zur Stabilisierung der gemeinsamen Friedensordnung weiterhin erforderlich.

Deshalb werden die Verteidigungspolitiker der CDU/CSU auch zukünftig an der Allgemeinen Wehrpflicht festhalten und sie fortentwickeln.

Weg frei für längere Ladenöffnungszeiten

Der Bundesrat hat am 5. Juli darauf verzichtet, zu den Regelungen über verlängerte Ladenöffnungszeiten den Vermittlungsausschuß einzuberufen. Dem Inkrafttreten des Gesetzes steht jetzt nichts mehr entgegen. Nach der Neuregelung dürfen die Geschäfte montags bis freitags von 6.00 Uhr bis 20.00 Uhr, samstags von 6.00 Uhr bis 16.00 Uhr, an den Adventsamstagen von 6.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet sein. Bäckereien oder Konditoreien dürfen auch sonntags für drei Stunden öffnen.

Den gymnasialen Bildungsweg zeitlich auf acht Jahre straffen

Zur aktuellen Diskussion über die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur von 13 auf 12 Jahre erklärte der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur, Herbert Reul:

Die bundesweit einheitliche Konzentration der Schulzeit bis zum Abitur von 13 auf 12 Jahre ist unerläßlich. Ich appelliere an die Ministerpräsidenten, schon bald zu einer einheitlichen Regelung in dieser Frage zu kommen. Die Argumente der nordrhein-westfälischen Schulministerin Gabriele Behler, aber auch aus Bayern, die Qualität des Abiturs werde bei einer Schulzeitverkürzung leiden, sind absurd. Die Qualität des Reifezeugnisses ist nicht abhängig von der Länge der Schulzeit und der Anzahl der Stunden, sondern von der Qualität des Unterrichts.

Bei der Konzentration auf 12 Schuljahre besteht eine große Chance, die Inhalte gymnasialer Bildung auf das auszurichten, was wirklich nötig ist, auf die Vermittlung grundlegender Inhalte.

Wenn die Konzentration auf zentrale Gegenstände und Inhalte Vorrang hat vor unstrukturierten und dem Gesichtspunkt der Beliebigkeit oder aktueller Tagesmoden folgenden Unterrichtsinhalten, erlaubt diese Konzentration eine zeitliche Straffung des gymnasialen Bildungsweges auf 8 Jahre, ohne auch nur ein Jota an der Qualität des Abiturs zu ändern.

Es ist richtig, daß finanzielle Erwägungen keine Priorität bei bildungspolitischen Entscheidungen haben dürfen. Wenn eine pädagogisch richtige Weichenstellung aber außerdem noch eine finanzielle Entlastung der Länderhaushalte zur Folge hat, so ist dies ein weiterer gewichtiger Pluspunkt, um ein Zeichen für Veränderung und Kurskorrektur zu setzen.

★ ★ ★

Jürgen Rüttgers plädiert für kürzere Schulzeit

Bildungsminister Jürgen Rüttgers plädiert für eine Verkürzung der Schulzeit auf zwölf Jahre. Eine kürzere Schulzeit sei auch ohne Wissensverlust möglich,

Er warnte aber davor, als Hauptargument die finanzielle Ersparnis anzuführen. Schule sei als Verpflichtung des Staates konzipiert, der Staat könne deshalb nicht einfach erklären, es sei kein Geld mehr vorhanden.

Es müsse mehr Wert darauf gelegt werden, die sogenannten Schlüsselqualifikationen zu erwerben, also die handwerklichen Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen, forderte der Bildungsminister. Die Schule könne nicht alles im Leben Notwendige vermitteln. „Schule muß wieder befähigen, lernen zu lernen", sagte Rüttgers.

★ ★ ★

Annette Schavan fordert Einschulung von Kindern mit fünf Jahren

Die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan hat sich für eine Einschulung von Kindern im Alter von fünf Jahren ausgesprochen.

Im Alter zwischen fünf und sechs Jahren sei die Lernmotivation der Kinder am höchsten. Die sogenannte Stichtagsregelung, nach der nur diejenigen Kinder eingeschult werden, die jeweils am 30. Juni sechs Jahre alt sind, stehe dieser Erkenntnis entgegen. ■

Ehrenamtliche Mitarbeit

Unentbehrliche Voraussetzung für den Bestand unseres Gemeinwesens

Der Sport ist mit seinen knapp 26 Millionen in 85.500 Vereinen organisierten Mitgliedern die größte Personenvereinigung und Bürgerbewegung in Deutschland.

Er erfüllt in den Vereinen einen für unser Gemeinwesen bedeutenden gemeinnützigen Auftrag und nimmt in unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung vielfältige, unverzichtbare Aufgaben für Menschen aller Altersgruppen wahr. Der Sport hilft, Freizeit sinnvoll zu gestalten, Selbstbestätigung zu erfahren, faire Verhaltensweisen zu entwickeln, sich gesellschaftlich leichter zu integrieren, Gesundheit und Lebensfreude zu erhalten.

Bestimmendes Merkmal der Selbsthilfeorganisation „Sport" ist die ehrenamtliche Mitarbeit im Sportverein. Ehrenamtliches Engagement sichert die Unabhängigkeit der Sportvereine. Ehrenamtlich tätige Vereinsmitglieder schaffen die Grundlage dafür, daß Kinder, Jugendliche und Ältere ihren Sport so ausüben können, wie es ihren Interessen, Neigungen und Begabungen entspricht. Sie tragen u. a. Sorge dafür, daß ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger durch Sport integriert werden und organisieren und leiten den Sport der Behinderten. Zweieinhalb Millionen Ehrenamtliche stehen uneigennützig und selbstlos im Dienste des Sports, sie sind Ausdruck demokratischer Freiheit und des Bewußtseins gesellschaftlicher Verantwortung.

Thesen zum Ehrenamt im Sport, verabschiedet vom Bundesfachausschuß Sport der CDU am 2. Juli in Bonn

Herausforderungen an den Sport

Ständig steigende Mitgliederzahlen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Vereine vor neuen Herausforderungen stehen: Ihre Mitgliedschaft ist heterogener geworden, die quantitativen und qualitativen Anforderungen an Angebot und Darbietung sind gewachsen, kommerzielle Sportanbieter drängen auf den Markt und erweisen sich zunehmend als Konkurrenz; die Identifikation der Mitglieder mit dem Verein und damit die Bereitschaft zur Übernahme von Aufgaben hat nachgelassen. Der Hang zur Individualisierung des Abnehmers und erwartete Professionalität des Anbieters drängen die Vereine verstärkt in die Rolle des Dienstleistungsunternehmens. Der einzelne will entsprechend seiner eigenen individuellen Bedürfnisse eine Auswahl treffen können.

Um diese Herausforderungen zu erfüllen, benötigt der Verein qualifizierte Mitarbeiter und eine vernünftige Abstimmung von ehrenamtlicher und hauptamtlicher Tätigkeit, von bürgerfreundlichem Engagement und Professionalisierung. Die als idealtypisch angesehenen Vorstellungen von ehrenamtlicher Tätigkeit – unentgeltlich, freiwillig, freitätig, an keine Ausbildung geknüpft und auf Dauer angelegt –, gelten nicht mehr uneingeschränkt und entsprechen nicht den Bedürfnissen vieler Menschen, die sich ehrenamtlich betätigen wollen. Sie entsprechen weitgehend auch

nicht den Erwartungen, die Mitglieder an den Verein stellen.

Das Ehrenamt muß weiterhin unentgeltlich, freiwillig und freitätig bleiben

Um die Bereitwilligen zur ehrenamtlichen Tätigkeit zu gewinnen, sollten die Sportvereine ihre Arbeitsformen überprüfen und Strukturen verändern. Ihre Stärke und die Stärke des Sports wird davon abhängen, inwieweit es gelingt, in Eigenverantwortung Strukturen zu schaffen, um Mitglieder aus dem nach wie vor großen Reservoir an Bereitschaft zur bürgerlichen Mitwirkung für ehrenamtliches Engagement im Verein zu gewinnen, auch unter dem Aspekt, daß sich Mitglieder nicht mehr in besonderem Maße mit dem Verein identifizieren wollen. Mitglieder müssen durch Veränderung der Bedingungen ermutigt werden, ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen. Dies gilt insbesondere für Frauen und junge Menschen. Ihnen muß der Zugang zu ehrenamtlicher Tätigkeit, vor allem zu Führungsaufgaben, erleichtert werden.

Von einer Krise ehrenamtlicher Bereitschaft zu sprechen, ist verfehlt

Nach wie vor sind viele Menschen bereit, sich ehrenamtlich zu engagieren. Sie wollen dies aber zunehmend in befristeten Projekten tun und wollen mit ihrem Ehrenamt kein Lebensamt übernehmen.

Verbesserung und Weiterentwicklung von Rahmenbedingungen

Die CDU will durch ein Bündel von Maßnahmen Bedingungen schaffen, die vorhandene Bereitschaft ehrenamtlichen Engagements unter sich ändernden Gegebenheiten nutzen und fördern:

- bessere Betreuung und Qualifizierung ehrenamtlich tätiger Mitarbeiter,
- Gewinnung von Mitarbeitern durch wirksame öffentliche Kampagnen,
- Deregulierung und Entbürokratisierung vorhandener Vorschriften bei der Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten,
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Vereine und Verbände (Vereins- und Verbandsförderung),
- öffentliche Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit durch Ehrungen, Auszeichnungen und Belobigungen,
- Hinführung zu ehrenamtlichen Aufgaben im schulischen Bereich und Kennzeichnung im Zeugnis,
- Einrichtung eines Ehrenamtsfonds.

Die CDU ist sich darüber im klaren, daß durch gezielte Maßnahmen Erleichterungen geschaffen und die Bereitschaft zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeit gefördert werden können.

Wichtige Voraussetzungen zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeit ist und bleibt aber die innere Bereitschaft und Einsicht des einzelnen, sich für andere uneigennützig einzusetzen. Hier liegt die Hauptaufgabe für unsere Gemeinschaft: die wirkungsvollste Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit ist durch eine veränderte Einstellung von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu bewirken. Dazu sind alle aufgefordert.

Das Ehrenamt ist keine Selbstverständlichkeit und kein billiges Arbeitsangebot, sondern unentbehrliche Voraussetzung für den Bestand und die Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens. Dies als individuelle Leistung zu erkennen und zu würdigen, ist die größte Anerkennung und beste Bestätigung jeden ehrenamtlichen Wirkens. ■

Asylbewerberzahlen im Juni und im 1. Halbjahr 1996

Beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge haben im Juni 1996 8.234 Personen (Vormonat: 9.334 Personen) Asyl beantragt. Dies ist der geringste Monatszugang seit Juni 1989.

Gegenüber dem Vormonat ist die Zahl der Asylbewerber um 1.100 Personen (11,8 Prozent) und gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres (Juni 1995: 9.130) um 896 Personen (9,8 Prozent) gesunken.

1. Halbjahr 1996

Im 1. Halbjahr 1996 haben 57.104 Personen in der Bundesrepublik Deutschland Asyl beantragt.

Damit ist die Asylbewerberzahl gegenüber dem 1. Halbjahr 1995 (58.669) um 1.565 Personen (2,7 Prozent) zurückgegangen und hat den niedrigsten Halbjahresstand seit der Asylrechtsreform zum 1. Juli 1993 erreicht:

2. Halbjahr 1993: 98.500

1. Halbjahr 1994: 62.802

2. Halbjahr 1994: 64.408

1. Halbjahr 1995: 58.669

2. Halbjahr 1995: 69.268

1. Halbjahr 1996: 57.104

Hierzu erklärte **Bundesinnenminister Manfred Kanther:** Mit 57.104 Asylbewerbern war im 1. Halbjahr 1996 der niedrigste Asylbewerberzugang seit der Asylrechtsreform zum 1. Juli 1993 zu verzeichnen. Im Vergleich zum letzten Halbjahr vor der Asylrechtsreform (1. Halbjahr 1993: 224.099) ist die Zahl der Asylbewerber um 74,5 Prozent zurückgegangen. Dies läßt erkennen, daß der mit der Reform eingeschlagene Weg richtig ist und weiter verfolgt werden muß. Die grundsätzliche Bestätigung der asylrechtlichen Neuregelung durch das Bundesverfassungsgericht im Mai dieses Jahres dürfte die positive Entwicklung weiter verstärkt haben. Alle beteiligten Stellen sind zur konsequenten Anwendung des geltenden Rechts aufgefordert.

Dennoch ist die Zahl der Asylbewerber im 1. Halbjahr 1996 mit durchschnittlich mehr als 9.500 pro Monat immer noch zu hoch. So spiegelt sich die unberechtigte Inanspruchnahme des Asylrechts in einer Anerkennungsquote von lediglich 10–12 Prozent wider.

Es ist entscheidend wichtig, daß in den Hauptherkunftsländern immer deutlicher wird, daß kriminelle Schlepperbanden lediglich getäuschte Menschen ausbeuten, aber keinen längeren Aufenthalt in Deutschland verschaffen können.

Eine weitere Verringerung des Mißbrauchs des Asylrechts kann nur in gemeinsamer Anstrengung von Bund und Ländern erreicht werden. Das Schlepperunwesen muß weiterhin nachhaltig bekämpft werden. Anhängige Asylverfahren sind zügig durchzuführen. Alle Personen, die kein Asyl und auch kein anderes Bleiberecht erhalten haben, müssen konsequent zurückgeführt werden.

Die Bundesregierung hat bereits mit einer Vielzahl von Staaten, so mit Polen, der Schweiz, der Tschechischen Republik, Rumänien, Bulgarien, Kroatien und Vietnam Rückübernahmeabkommen geschlossen, hat mit diesen Ländern intensive Kontakte und strebt bilaterale Vereinbarungen mit weiteren Ländern an. ■

Online-Kommunikation ändert Strukturen der Politik

Zu einem online-Stammtisch im Internet hat die Junge Union Mittelhessen für Mitte August eingeladen. Dabei sollen die Möglichkeiten der Nutzung des Internets für die politische Arbeit ausgelotet werden.

JU-Bezirksvorstandsmitglied Christian Engelhardt (Wetter), der gemeinsam mit dem Bezirksvorsitzenden Thomas Schäfer (Biedenkopf) an dem Konzept dieses Forums arbeitet, erläutert die Initiative der Jungen Union: „Unbestritten werden diese neuen technischen Möglichkeiten die Kommunikation und auch die gesellschaftlichen Strukturen mehr ändern, als Fernsehen und Telefon dies in der Vergangenheit getan haben. Wer auf diesen Trend nicht rechtzeitig reagiert, wird viele Bürger nicht mehr erreichen können. Beispielsweise werden zukünftig viele per Telearbeit von zu Hause aus ihrem Beruf nachgehen. Ebenso müßte die Möglichkeit gegeben sein, ebenfalls von zu Hause aus in einer Partei mitzuarbeiten. Daher müssen wir innovativ und vollkommen ohne Tabus über die mögliche Nutzung des Internets für die Junge Union nachdenken!"

Netzgebundene Verbände

Für denkbar hält Christian Engelhardt Sitzungen, Stammtische und Diskussionsveranstaltungen mit Fachreferenten im Internet. Auch Bürgerbefragungen oder verbandsinterne Abstimmungen seien möglich. Zu prüfen sei auch die Gründung von netzgebundenen Verbänden mit eigenen Vorständen und den gleichen Rechten und Pflichten, wie reguläre JU-Verbände sie haben, auch wenn hier die Struktur und die Satzung der Jungen Union vollkommen verändert werden müßte.

Wieviel bringt Kohls Krawatte im Internet?

Eine Krawatte von Helmut Kohl, handsignierte Plakate von Christo und Jeanne-Claude sowie der Reisewecker von Norbert Blüm gehören zu den Raritäten der ersten deutschen Wohltätigkeitsauktion im Internet. Unter der Adresse

http://www.system42.de/alfa

sind diese und andere Exporte ab 1. Juli anzuschauen und zu ersteigern.

Bis 31. März 1997 werden die von Politikern, Künstlern, Kirchenmännern und Sportlern zur Verfügung gestellten Gegenstände weltweit „unter den Hammer" kommen. Interessenten finden unter anderem handsignierte Bücher von Manfred Rommel, Richard von Weizsäcker, Joachim Kardinal Meisner und Milos Forman.

Organisiert hat die ungewöhnliche Versteigerung die „Aktion Lebensrecht für Alle e.V.", eine bundesweit agierende, überparteiliche und überkonfessionelle Bürgerinitiative. Ihre 11.000 Mitglieder kümmern sich um Familien und Frauen, die durch eine Schwangerschaft in Not geraten sind. Mit dem Erlös der Benefiz-Auktion sollen neue Projekte finanziert werden. Als Schirmherrin fungiert Familienministerin Claudia Nolte.

Grünbuch der EU-Kommission über faire und effiziente Preise im Verkehr

Das Anfang 1996 von der EU-Kommission vorgelegte Grünbuch „Faire und effiziente Preise im Verkehr" problematisiert die bestehende Diskrepanz zwischen den Preisen für die Verkehrsleistungen, die durch die Transportnutzer zu entrichten sind, und den „wahren Kosten" des Verkehrs.

Der Kommissionsvorschlag zielt in erster Linie auf die Bewältigung des Problems einer Quantifizierung und Internalisierung externer Verkehrskosten: Die durch Umweltschäden, Unfälle und Verkehrsstaus hervorgerufenen, ungedeckten externen Gesamtkosten des Verkehrs beziffert die Kommission auf 250 Mrd. ECU; die Staukosten betragen laut Kommissionsbericht 2 Prozent des BIP der EU, die Unfallkosten 1,5 Prozent und die Umweltschäden 0,6 Prozent des BIP der EU. Die Kommission lastet 90 Prozent dieser ermittelten externen Kosten dem Straßenverkehr an. Vor diesem Hintergrund setzt sich das Grünbuch nur mit den Externalitäten des Straßenverkehrs auseinander.

Intensive Diskussion

Ausgehend von einer anvisierten verursachergerechten Anlastung der Wegekosten – insbesondere unter Einbeziehung der externen Kosten des Verkehrs – verbunden mit dem Ziel einer umweltgerechten Verkehrsbewältigung, müssen laut Grünbuchverfasser zusätzliche, marktwirtschaftlich ausgerichtete Lenkungsmechanismen eingeführt werden, die zu mehr Effizienz im Verkehrswesen beitragen und die langfristig die Funktionsfähigkeit des Verkehrsmarktes sicherstellen. Die im Grünbuch vorgestellte preispolitische Internalisierung von externen Effekten im Verkehr und die darauf aufbauenden Strategiekonzepte mit zusätzlichen Preis- und Gebührenpflichten haben eine intensive politische Diskussion ausgelöst.

Die Lösungsansätze der Kommission stellen sich wie folgt dar: Errichtung eines Preissystems zur Anlastung der Wegekosten für schwere Nutzfahrzeuge, elektronische Straßenmautsysteme, erhöhte Straßenbenutzungsgebühren in überlasteten bzw. sensiblen Regionen, nach Belastungswerten abgestufte Kraftfahrzeugsteuern, Erhebung einer CO_2-Steuer und die Einführung von Bonus/Malussystemen bei der Kfz-Haftpflichtversicherung.

Von Dirk Fischer, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Claus-Peter Grotz, stellvertretender Vorsitzender des Bundesfachausschusses Strukturpolitik

Im Rahmen einer Bewertung des Grünbuchs ist der Ansatz der Kommission zur Entwicklung von Internalisierungskonzepten grundsätzlich zu begrüßen. Auch der Einsatz eines preispolitischen Instrumentariums im Sinne einer marktkonformen Ausrichtung der Verkehrsmarktordnung ist durchaus positiv zu werten. Trotzdem weist die im Grünbuch dargestellte monetäre Erfassung der externen Kosten des Verkehrs erhebliche theoretische, methodische und empirische Schwächen auf. Da diese berücksichtigungsbedürftigen Kostenelemente als Grundlage für die Ausge-

Neue Gentechnik-Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung

Unter dem Titel „Perspektiven der Biotechnologie in Deutschland" analysiert die neue „Interne Studie 118/1996" die Situation der Bio- und Gentechnik in Deutschland. Autoren sind Professor Dr. Hans Günter Gassen, Technische Hochschule Darmstadt, und Dr. Norbert Arnold, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Studie geht auf folgende Aspekte ein:

- wirtschaftliche Bedeutung der Gentechnik,
- Problemlösungen in den Bereichen Pharmazeutik, Medizin, Landwirtschaft, Lebensmittelverarbeitung und Umweltschutz.
- Chancen und Risiken in den nach wie vor umstrittenen Bereichen der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen, der gentechnikgestützten Lebensmittelverarbeitung und der Humananwendungen.

Knapp und übersichtlich

Die Situation in Deutschland wird mit der in den USA als führenden Gentechnik-Nation verglichen. Die komplexen Zusammenhänge sind knapp und übersichtlich dargestellt. Wichtige Daten, Fakten und Literaturhinweise runden die Studie ab.

Die Interne Studie 118/1996 kann bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bereich Forschung und Beratung, Referat für Publikation und Kommunikation, Postfach 14 20, 53732 Sankt Augustin, gegen eine Schutzgebühr von 5,– DM bezogen werden.

staltung eines fairen und effizienten Preissystems dienen, sind folglich die Ergebnisse des Grünbuchs in dieser Fassung wissenschaftlich nicht stichhaltig und demzufolge auch nicht ausreichend akzeptanzfähig.

Im Ergebnis ist festzuhalten,

daß bei der weiteren Behandlung dieser Thematik durch die Kommission die Kritikpunkte bezüglich eines verkehrsträgerübergreifenden Gesamtvergleichs der externen Kosten, des wirtschaftlichen Nutzens des Verkehrs, der Nichtzurechenbarkeit der Staukosten zu den externen Kosten und der Vereinheitlichung der Bewertungsverfahren, hinreichend berücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus soll auch weiterhin – unabhängig von den Ergebnissen einer „Grünbuch-Debatte" – die Erhaltung und weitere Ausgestaltung eines effizienten und umweltgerechten Verkehrswesens fortgeführt werden – in Deutschland und Europa. Insbesondere in den folgenden Bereichen sollen weiterhin verstärkte Anstrengungen erfolgen:

Effiziente Telematiksteuerung der Verkehrsströme, effiziente Fahrzeugtechnik im bezug auf einen sparsamen Treibstoffverbrauch und emissionsarme Treibstoffarten sowie die Förderung eines volkswirtschaftlich rentablen Ausbau des Verkehrswegesystems. Alle diese Aussagen bekräftigt die Arbeitsgruppe nachdrücklich in einem Entschließungsantrag. ■

Kleiner Parteitag in Mainz

Beschäftigungspakt mit Wirtschaft und Gewerkschaften gefordert

Einen „Beschäftigungspakt Rheinland-Pfalz", der zwischen den Organisationen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft, den Gewerkschaften und der Landesregierung geschlossen werden soll, hat die rheinland-pfälzische CDU auf ihrem Kleinen Parteitag in Mainz gefordert.

Die 115 Teilnehmer des Landesparteiausschusses verabschiedeten einstimmig eine vierseitige „Mainzer Erklärung für mehr Wachstum und Beschäftigung in Rheinland-Pfalz". Darin steckt die CDU in sieben Einzelpunkten den Rahmen für den Beschäftigungspakt ab. Durch die CDU-Vorschläge soll der Stillstand in der rheinland-pfälzischen Landesregierung überwunden werden. Denn während andere Bundesländer – allen voran Bayern – bereits einen Pakt geschlossen haben, gibt es in Rheinland-Pfalz nicht einmal erste Gespräche, so der CDU-Landesvorsitzende Johannes Gerster.

Beratungen in großer Geschlossenheit

Der Landesparteiausschuß der CDU Rheinland-Pfalz hatte zuvor in großer Geschlossenheit die Situation der CDU nach der Landtagswahl sowie die künftigen Schwerpunkte und Aktivitäten der Parteiarbeit beraten. Die Teilnehmer stellten fest, daß die CDU vor allem bei den Jungwählern erheblich dazugewonnen hat. Das politische Gewicht der CDU Rheinland-Pfalz habe sich durch die Landtagswahl deutlich erhöht, so CDU-Landeschef Gerster. Die mögliche Regierungsmehrheit aus CDU und FDP habe die politischen Machtverhältnisse im Land verändert. Dies zeige sich z. B. am Verhalten der Landesregierung im Bundesrat, wo Rheinland-Pfalz immer häufiger aus der SPD-Blockade ausschere. Gerster: „Dies kommt den Programmen der Bundesregierung und dem zustimmenden Verhalten der Länder im Bundesrat zugute. Auch Rheinland-Pfalz wird davon profitieren."

Köcher: Fast zweistellige Zuwächse bei den Jungwählern

Die fast zweistelligen Zuwächse der CDU bei den Jungwählern insbesondere in Rheinland-Pfalz stellte Frau Dr. Renate Köcher, Leiterin des Institutes für Demoskopie in Allensbach, in ihrem Referat vor dem Landesparteiausschuß heraus. Zur aktuellen politischen Lage bemerkte Frau Dr. Köcher, daß die Bevölkerung das Gefühl habe, daß wir uns in einer „wirklichen Wendephase" befinden. Die Bürger zeigten eine „große Opferbereitschaft" und würden daher das „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung" der Bundesregierung in den Grundlinien für notwendig erachten. Der Populismus der SPD verfange dagegen nicht.

Verstärkte Mitgliederwerbung und Mitgliederbetreuung

CDU-Landesvorsitzender Gerster: „Die CDU will durch ein Fitneß-Programm noch frischer, offener, kreativer und stärker werden." Während die SPD als Stillstands-Partei Deutschlands verkomme, müsse die CDU noch stärker als bisher zur

Aus der Bildungsarbeit derKonrad-Adenauer-Stiftung

Wer am politischen Entscheidungsprozeß teilnehmen will, ist auf fundierte Informationen angewiesen. Ziel der „Seminare für junge Erwachsene" im Bildungszentrum Eichholz ist es daher, gesellschaftliche Grundsatzfragen fundiert zu behandeln und politische Gestaltungsaufgaben zu diskutieren.

Das nächste Angebot in dieser Reihe: Veranstaltung Nr. 251

Wege in die Politik – Personen, Institutionen, Entwicklungen

Seminar für junge Erwachsene

27. 9.–29. 9. 1996

Einige der Programmpunkte:

- „Politik interessiert mich nicht" – Zum politischen Engagement von Jugendlichen
- Was in der „Mitmachgesellschaft" wichtig ist . . . – Über Funktionsweisen und Instrumente der politischen Willensbildung
- Wo Konrad Adenauer lebte – Besichtigung des Wohnhauses in Rhöndorf und Führung durch den Garten
- Die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus – Forschungsarbeiten und Forschungsergebnisse
- Jugend und CDU / CDU und Jugend – Beobachtungen und Anmerkungen eines politisch Interessierten
- „Mit feinem Gehör" – Gespräch mit Dr. Eduard Ackermann, dem langjährigen Wegbegleiter von Bundeskanzler Helmut Kohl
- Wege in die Politik – Erfahrungen eines Kommunalpolitikers.

Vorgesehen ist zudem die Teilnahme am „Kölner Abend" der Jungen Union NRW.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum Schloß Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling
Fax Nr. (02236) 707-413

Fortschrittspartei von Rheinland-Pfalz werden.

„Mindestens 3.000 neue Mitglieder pro Jahr" strebt die CDU Rheinland-Pfalz durch eine verstärkte Mitgliederwerbung an. Darüber hinaus sollen die Mitglieder durch eine Steigerung der Partei-Aktivitäten besser betreut werden, um das Gemeinschafts- und Wir-Gefühl zu stärken. In dem Maßnahmenkatalog ist u. a. ein landesweiter Wettbewerb von Oktober 1996 bis September 1997 vorgesehen, bei dem die Entwicklung der Mitgliederzahlen nach Kreisverbänden regelmäßig in den CDU-Informationsschriften veröffentlicht wird. Besonders wichtig sei die Ansprache junger Menschen.

Ab September 1996 wird die Landes-CDU sieben Regionalkonferenzen zum Thema „Mehr Wachstum und Beschäftigung" durchführen. Außerdem sind Fachkongresse zu den Themen „Ehrenamt"/„Die Mitmach-Gesellschaft", „Neue Technologien" und „Wertevermittlung" geplant. Um den 3. Oktober 1996, dem Tag der Deutschen Einheit, wird es einen landesweiten „Bürgertag der CDU" geben. Ein bildungspolitischer Landesparteitag 1997 soll durch drei Fachkommissionen vorbereitet werden. ■

Vorfahrt für Arbeit und Wirtschaftsförderung

Die Lage

Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in Niedersachsen ist katastrophal. Im Konzert der Bundesländer ist Niedersachsen in den letzten Jahren wirtschaftlich weit zurückgefallen.

Niedersachsen weist die geringste Wirtschaftskraft aller westdeutschen Flächenländer auf. Beim Bruttoinlandsprodukt (gesamte erbrachte Wirtschaftsleistung) pro Erwerbstätigem liegt Niedersachsen inzwischen sogar hinter dem Saarland auf dem letzten Platz.

Nur die Arbeitslosenquote ist in Niedersachsen Spitze! Mit 11,6 Prozent liegt sie deutlich über der Quote aller anderen westdeutschen Flächenländer.

Spitzentechnologien sind nach Feststellung des Institutes der Niedersächsischen Wirtschaft im traditionellen Exportland Niedersachsen inzwischen nur noch schwach vertreten.

Für ausländisches Anlagekapital ist Niedersachsen deshalb inzwischen nicht mehr attraktiv.

Patentanmeldungen sind die Basis für neue innovative Produkte und damit für neue Arbeitsplätze. Hier hat Niedersachsen nach Feststellung des Deutschen Patentamtes in den letzten Jahren stark an Boden verloren.

Wirtschaftsförderung wird von der Schröder-Regierung kleingeschrieben. Seit 1990 wurde der Wirtschaftsförderfonds kontinuierlich von 285 Millionen DM auf 133 Millionen DM reduziert. Damit wird gerade innovativen Mittelstandsunternehmen eine relevante Unterstützung verweigert und werden wichtige Arbeitsplätze gefährdet.

Auch das Landesdarlehensprogramm, mit dem Anreize für Unternehmensgründungen gegeben werden sollen, wurde rigoros von 152 Millionen DM auf gerade noch 50 Millionen DM zusammengestrichen.

Als Forschungsstandort hat Niedersachsen inzwischen seine Bedeutung nach Feststellung der Norddeutschen Landesbank eingebüßt.

Den niedersächsischen Unternehmen – vor allen der Bauindustrie – fehlen wie in keinem anderen westdeutschen Bundesland öffentliche Aufträge zur Stabilisierung ihrer Wirtschafts- und Beschäftigungslage.

Das Versagen der SPD

„Mein tägliches Brot ist es, mittelständische Unternehmer über Pleiten hinweg zu schleppen“ tönt Gerhard Schröder gerne als selbsternannter Chefökonom der SPD (Impulse 11/95). Die Fakten in Niedersachsen sprechen hingegen eine wesentlich andere Sprache:

Die größten Einbrüche in der Wirtschaftsförderung aller deutschen Bundesländer in den letzten Jahren hat die Schröder-Regierung zu verantworten.

Die geringste Zahl von Selbständigen pro Einwohner in der Bundesrepublik hat das Bundesland Schröders aufzuweisen. Nirgends sind Unternehmer so pessimistisch wie in Niedersachsen.

Kommunalwahlen in Niedersachsen

Christian Wulff ruft dazu auf, den Weg der CDU zu unterstützen

Eine wichtige Etappe auf dem schweren Weg zum Regierungswechsel 1998 in Niedersachsen sind die Kommunalwahlen am 15. September. Die Ausgangslage für die CDU ist gut. Denn gerade in den Landkreisen, Städten und Gemeinden werden die Auswirkungen der verfehlten SPD-Landespolitik unter Ministerpräsident Schröder besonders spürbar.

Eine Argumentationshilfe, die auch bundesweit Beachtung finden wird

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag, Christian Wulff, hat deshalb die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen dazu aufgerufen, den Weg der CDU mit Interesse und Engagement zu unterstützen, aber auch kritisch zu begleiten.

Dazu hat die niedersächsische CDU Fakten zu einer Gesamtbilanz zusammengetragen und darin für Arbeit und Wirtschaft, Finanzen, Bildung, Sicherheit, Umwelt, Verwaltung, Regionen und Kommunen

- die dramatische Lage,
- das Versagen der SPD und
- die Alternativen der CDU

beschrieben.

Schwerpunkte dieser Bilanz erscheinen bis zum Wahltag am 15. September in den nächsten fünf Ausgaben des UiD und sollen den Wahlkämpfern in den Landkreisen, Städten und Gemeinden als zusätzliche Argumentationshilfe dienen.

Niedersächsische EU-Mittel für Wirtschaftsförderung verfallen, weil das Land seinen notwendigen Anteil nicht mehr erbringen kann.

Die Mittel für Wirtschaftswerbung und Tourismusförderung wurden um 50 Prozent gekappt.

Während die Bundesregierung und andere Bundesländer Genehmigungsverfahren verkürzen und beschleunigen, werden in Niedersachsen neue Hürden aufgebaut. Mehr noch: Im Bundesrat blockiert die Schröder-Regierung die Vorschläge der Bundesregierung für schnellere Verwaltungsverfahren.

Als Risikokapital für junge Existenzgründer stehen in Niedersachsen gerade noch 3,4 Mio. DM zur Verfügung. Bayern stellt für diesen wichtigen Bereich rund 350 Mio. DM zur Verfügung, und in Sachsen sind es immerhin noch rund 70 Mio. DM.

Die Investitionen des Landes selbst und damit die öffentlichen Aufträge für die Betriebe wurden drastisch reduziert. Damit steht auch hier Niedersachsen im Vergleich zu den anderen Bundesländern am Ende.

Ein Technologieprogramm in Höhe von 400 Mio. DM war von Gerhard Schröder versprochen worden. 1996 beläuft sich die Summe auf gerade noch 23,5 Mio. DM.

Die Ausweisung von Gewerbegebieten wurde durch das Landesraumordnungsprogramm erheblich erschwert.

Die Abgabenlast der Unternehmen in Niedersachsen wurde durch landesspezifische Wasser- und Abfallabgaben nochmals erhöht. Betriebsabwanderungen sind die Folge.

Während Schröder alle anderen zu mehr Anstrengungen bei der Schaffung und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen aufruft, stellt das Land fast keine neuen Auszubildenden mehr ein und entzieht sich so seiner Ausbildungsverantwortung für den Arbeitsmarkt.

Die Alternativen der CDU

Nur eine radikale wirtschaftspolitische Kehrtwende kann Niedersachsen wirtschaftlich wieder stabilisieren. Alle finanziellen, wirtschaftlichen und gesetzlichen Entscheidungen des Landes müssen darauf ausgerichtet werden, Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitsplätze zu erhalten.

Die Konzentration der Wirtschaftsfördermittel auf Programme für neue Arbeitsplätze ist der erste Schritt. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Mittel dort eingesetzt werden, wo sie u. a. auch zusätzliche EU- und Bundesmittel nach Niedersachsen holen. Einen Verfall dieser Mittel darf es nicht mehr geben.

Existenzgründungen müssen in erster Linie mit Risikokapital unterstützt werden. Eine Existenzgründung schafft im Durchschnitt vier neue Arbeitsplätze und zusätzliche Steuereinnahmen.

Ein Innovations- und Technologieprogramm ist durch den Verkauf von Landesvermögen zu finanzieren. Landesvermögen darf nur verkauft werden, wenn es in die Zukunftssicherung unseres Landes investiert und nicht zum Stopfen jährlicher Haushaltslöcher verbraucht wird.

Die Investitionsfähigkeit der niedersächsischen Unternehmen werden wir durch den Abbau von Landesabgaben (Abfall- und Wasserabgabe) und die Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren verbessern helfen.

Die Ansiedlung neuer Unternehmen werden wir durch die Beseitigung von Hemmnissen bei der Ausweisung von Gewerbegebieten und die Verbesserung der wirtschaftsnahen Verkehrsverbindungen (z. B. Autobahnen 2, 7, 14, 20, 26 und 39) fördern.

Durch den Abbau landesspezifischer Verbote werden wir die Wettbewerbschancen von Unternehmen verbessern.

Mit einem Ausbildungsprogramm Niedersachsen wollen wir der Ausbildungsplatzsituation neuen Schub geben und damit für junge Menschen einen Ausbildungsplatz sichern.

Die Schaffung von neuen Ausbildungsplätzen muß durch die Modernisierung und praxisnähere Ausrichtung vieler Ausbildungsgänge erleichtert werden.

Die Expo 2000 werden wir zu einem Wirtschaftsförderplan für Niedersachsen machen. Die Expo bewergt eine volkswirtschaftliche Gesamtleistung von rund 15,4 Mrd. DM. Wir werden dafür sorgen, daß Niedersachsen hiervon auch nach der Weltausstellung profitiert.

Grundvoraussetzung für alle diese Ansätze ist, daß konsequent die Sanierung der Landesfinanzen angepackt und durchgeführt wird. Nur wenn Niedersachsen durch Personal- und Verwaltungsabbau wieder Luft bekommt, kann das Land auch in schwierigen Zeiten gegensteuern und damit wirtschaftliches Wachstum unterstützen.

▲ **Die Bilanz-Broschüre, der das Kapitel über Arbeit und Wirtschaftsförderung auf den Seiten 18 bis 20 entnommen ist, kann bei der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag bestellt werden:**

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon (05 11) 30 30-4 63

Roman Herzogs Grundsatzreden jetzt auch in Audio-Fassung

Für blinde und sehbehinderte Mitbürger stehen künftig wichtige Grundsatzreden von Bundespräsident Roman Herzog in einer Audio-Fassung als Cassetten zur Verfügung.

Realisiert wurde das Projekt in enger Zusammenarbeit zwischen der Blindenhörbücherei der Deutschen Blindenstudienanstalt Marburg, der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Bonner Journalisten Ewald Rose sowie dem Bundespräsidialamt. Gemeinsames Ziel war es, ein zusätzliches Informationsangebot für die rund 150.000 Blinden und 500.000 Sehbehinderten anzubieten.

Der Chef des Bundespräsidialamts, Staatssekretär Wilhelm Staudacher, betonte bei der Vorstellung des Projektes in Bonn, daß es insbesondere darum gehe, den Blinden mehr authentische Informationen aus erster Hand zur Verfügung zu stellen.

Die erste Cassette bietet den Hörern Informationen über das Leben von Bundespräsident Roman Herzog, sein Amtsverständnis, die Aufgaben des Staatsoberhauptes im In- und Ausland sowie über Orden und Ehrenpatenschaften. Die zweite Cassette enthält drei Grundsatzreden des Bundespräsidenten.

Die Cassetten können in Blindenhörbüchereien ausgeliehen sowie über die Blindenhörbücherei Marburg bestellt werden und stehen in Blinden- und Rehabilitationseinrichtungen zur Verfügung.

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Für die einen ist Stadtmarketing lediglich ein neues Modewort, für die anderen ist es der Schlüssel zur Lösung der bestehenden und zukünftigen Probleme in unseren Städten und Gemeinden – in finanzieller, struktureller und personeller Hinsicht . . .

Im Bildungszentrum Schloß Eichholz werden Fachleute aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung ihre Positionen und Erfahrungen vorstellen. Dazu eingeladen sind Personen, die im kommunalen Bereich bereits politische Verantwortung übernommen haben oder zu übernehmen bereit sind.

Thema/Termin/Schwerpunkte:

Veranstaltung Nr. 218

Stadtmarketing und lokale Wirtschaftsförderung – Konzepte, Ansätze, Erfahrungen

Fachtagung für politische Funktions- und Mandatsträger im kommunalen Bereich

25. bis 28. August 1996

- Stadtmarketing – Modetrend oder Wegbereiter einer effizienten, bürgernahen Kommune?
- Stadtmarketing: Begriffe, Konzepte, Einflüsse
- Neue Formen der politischen Kommunikation: Der Bürger als Partner – Ein Weg der Kommunalentwicklung am Beispiel der Stadt Bad Vilbel
- Effiziente Wirtschaftsförderung durch Stadtmarketing: Dienstleistung und/oder Industrie, „Wiederbelebung" von Innenstädten, Verkehrssysteme und Einkaufen, Kultur und Tourismus . . .
- Stadt als komplexes Gestaltungs-Problem – Corporate Identity, Service, Event, Marketing und Chaos
- Stadtmarketing und Neue Medien – Städte im Internet

Anmeldungen/weitere Informationen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum Schloß Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling
Fax: (0 22 36) 7 07-2 30

CDU-Kommission zu sozialen Sicherungssystemen konstituiert

In Bonn ist am 8. Juli unter Leitung von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die Parteikommission zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme zu ihrer ersten Sitzung zusammengekommen. Das Gremium soll vor allem über das Thema Renten beraten und einen Fachkongreß der CDU zu diesem Themenbereich vorbereiten, der Anfang September in Bonn stattfindet. Blüm leitet auch die von der Bundesregierung eingesetzte Rentenkommission.

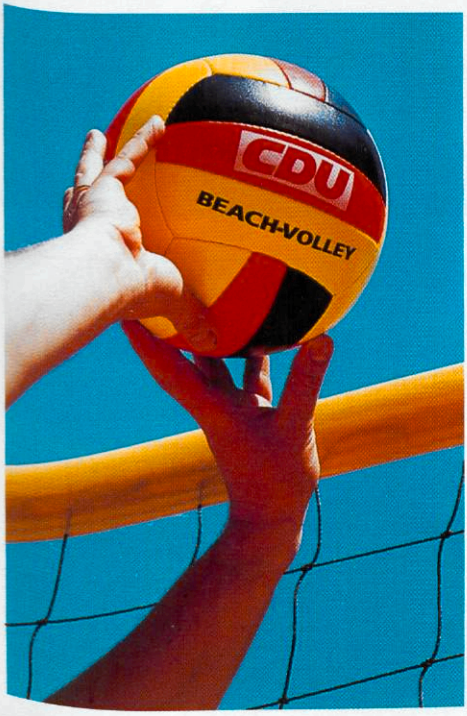
Sommer • Sport • Spiel

▼ CDU-Beach-Volley

Neu in Atlanta. Zum 100jährigen Jubiläum der Olympischen Spiele wurde eine Strandvariante des Volley-Ball-Spiels zusätzlich als olympische Disziplin aufgenommen. Doch auch im Binnenland abseits der Meeres-Strände erfreut sich diese neue Sportart zunehmender Beliebtheit in vielen eigens dafür errichteten Anlagen.

Der CDU-Beach-Volley wurde nach den den international gültigen Oualitätsnormen hergetsellt und ist somit für alle Beach-Volley-Turniere zugelassen.

Bestell-Nr.: **9158**
Verpackungseinheit: 1 Ball
Preis je Ball: 21,60 DM



▲ Sommer mit der CDU

Dieses Plakat im Format DIN A1 können Sie zur Ankündigung und Dekoration Ihrer Sommerveranstaltungen verwenden.

Bestell-Nr.: **8269**
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preise je 50 Plakate:38,– DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

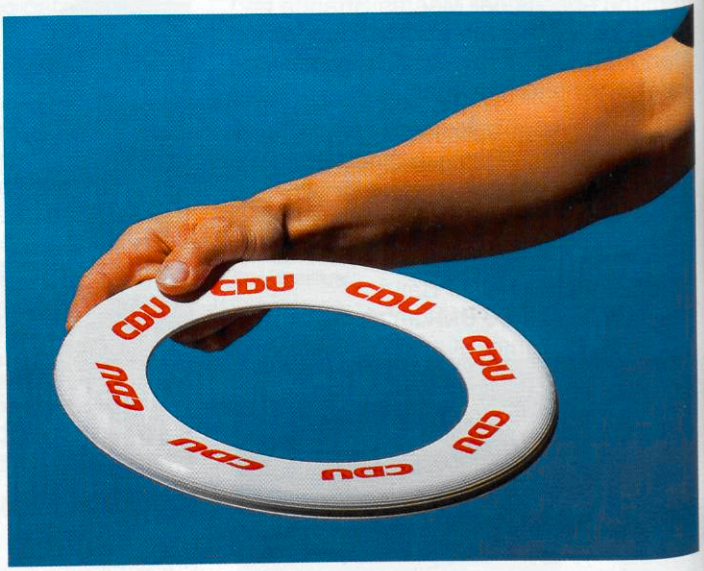
Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

CDU-Ring-Flyer

In den Flugeigenschaften ähnlich der bereits bekannten Frisbee-Scheibe unterscheidet sich der Ring-Flyer jedoch durch seine besondere Form *(in der Mitte mit Loch)*. Diese neue Form verleiht dem Ring-Flyer stark verbesserte Flugeigenschaften und damit verbunden natürlich auch noch mehr Spielspaß.



Bestell-Nr.: **9156**
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 27,50 DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum • Postfach 11 64
33759 Versmold • **Fax (0 54 23) 4 15 21**

UiD

22/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,– DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.